

**„Perspektiven und Chancen
in ländlichen Räumen Brandenburgs
auch in Zukunft sichern“**

**Beschluss der CDU-Fraktion
im Landtag Brandenburg**

Potsdam/Niewitz, 29. Oktober 2007

Beschluss der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg

Perspektiven und Chancen in ländlichen Räumen Brandenburgs auch in Zukunft sichern

Die Fraktion möge beschließen:

Die demografische Entwicklung mit sinkenden Bevölkerungszahlen und Abwanderungen darf nicht zu einer Abkopplung von Regionen in Brandenburg führen. Ein politisches Aufgeben bestimmter Landstriche wird es mit der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg nicht geben.

Die CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zum Prinzip der Subsidiarität und der Entscheidungsfreiheit vor Ort. Den Kreisen und Kommunen müssen zusätzliche Spielräume eröffnet werden, um auf die künftigen Herausforderungen reagieren zu können. Rückgrat des ländlichen Raumes sind und bleiben das bürgerschaftliche Engagement, Heimatverbundenheit und funktionierende soziale Strukturen. Diese gilt es zu fördern und zu stärken.

Zudem stellen Instrumente wie das Standarderprobungsgesetz und die Flexibilisierung rechtlicher Standards, aber auch grenzüberschreitende Modellprojekte sowie aktive Zu- und Rückwanderungsstrategien flankierende Maßnahmen dar.

Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, auch unter schwieriger werdenden Rahmenbedingungen strukturelle Grundlagen in dünn besiedelten Gebieten zu gewährleisten. Mit konkreten Maßnahmen sollen auch notwendige Strukturen nachhaltig gesichert werden.

a. Land- und Forstwirtschaft – die tragenden Säulen des ländlichen Raumes

Land- und Forstwirtschaft müssen sich den globalen Bedingungen und dem Klimawandel stellen. Neben der klassischen und wichtigen Aufgabe der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, existieren heute neue Herausforderungen.

Die Rohstoffbereitstellung für die Industrie und die Optimierung der Biomasseproduktion zur energetischen Verwertung sind weitere wichtige Aufgabenfelder. Die Zukunft des ländlichen Raumes ist untrennbar mit der Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft verbunden. Dafür bedarf es unbürokratischer Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

b. Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit

Die Menschen in ländlichen Räumen haben dauerhaft nur eine lebenswerte Perspektive, wenn sie Arbeits- und Ausbildungsplätze finden. Durch das Bundesprogramm „Kommunalkombilohn“ sollen voraussichtlich ab 2008 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für eine Dauer von drei Jahren für zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Aufgaben gefördert werden. Gerade in ländlichen Regionen mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit ist dieses, dem CDU-Vorschlag der „Bürgerarbeit“ vergleichbare Modell, ein viel versprechender Ansatz.

c. Förderung von Kleinunternehmen und Mittelstand sowie innovativer Erwerbskonzepte

Existenzgründungen, wirtschaftliche Beratung und die Erleichterung der Unternehmensnachfolge sind für kleine und mittlere Unternehmen ebenso wichtig wie die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Ein weiter An-

satzpunkt ist der konsequente Abbau von bürokratischen Lasten, die gerade bei kleinen Unternehmen wichtige Kapazitäten binden. Neue Ideen und Konzepte dürfen nicht durch ein starres Regelwerk und ein dichtes Netz von Vorschriften behindert werden.

d. Stärkung des Wirtschaftszweiges Tourismus

Brandenburgs ländliche Regionen verfügen über ein erhebliches Tourismuspotential, dessen Möglichkeiten noch besser genutzt werden müssen. Es gilt es, die Landestourismuskonzeption konsequent umzusetzen um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

e. Medizinische Betreuung und Versorgung vor Ort

Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die hausärztliche Betreuung im ländlichen Raum sicherzustellen. Dazu gehören:

- günstige Konditionen durch die Kommunen bei der Übernahme der Praxen,
- eine Umsatzgarantie durch die Kassenärztliche Vereinigung,
- Stipendien für Medizinstudenten, die nach dem Studium Praxen in ländlichen Regionen übernehmen und
- die Möglichkeit, dass Ärzte bereits bei einer zunehmend schlechteren Versorgung über die Altersgrenze von 68 Jahren hinaus weiter praktizieren dürfen.

Nach Abschluss des Modellprojekts „Gemeindegewerkschaft“ soll diese flankierend landesweit zum Einsatz kommen.

f. Bildung im ländlichen Raum – bedarfsgerechter Ausbau von Leistungs- und Begabungsklassen

Auf Initiative der CDU wurde in Brandenburg die Bildungsoffensive auf den Weg gebracht. Im Interesse von Schülern, Eltern und Lehrern, wurden Qualität und Leistung in der Bildung und Erziehung gestärkt. Die Chancengerechtigkeit und die Erreichbarkeit aller Schulen haben weiterhin Priorität.

Eine Verbesserung unseres Bildungssystems wird möglich, wenn auch Leistungs- und Begabungsklassen bedarfsgerecht und in vertretbarer Nähe verfügbar sind. Als Mindestanforderung bedeutet dies, dass jeder Landkreis über eine Leistungs- und Begabungsklasse verfügen muss - hierfür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

g. Mobile Kultur- und Bildungsangebote

Wenn kulturelle Leistungen wie Ausstellungen, Museen oder Bibliotheken aus finanziellen Gründen nicht mehr dauerhaft vorgehalten werden können, sind mobile oder zeitlich begrenzte Angebote eine entsprechende Alternative, die es umzusetzen gilt.

h. Bedarfsgerechte Breitbandanschlüsse und dienstleistungsorientiertes eGovernment

Der Zugang zu schnellen Internetverbindungen und ein breites Angebot von eGovernment-Leistungen sind zwei Seiten derselben Medaille. So können auch ohne Behörden vor Ort wichtige Vorgänge getätigt werden. Weiterhin ist eine erhebliche Anzahl der Unternehmen auf eine schnelle Internetverbindung angewiesen, um auf dem Markt erfolgreich bestehen zu können und die Geschäftsvorgänge zu regeln. Momentan weist Brandenburg noch eindeutig zu viele weiße Flecken im Breitbandatlas des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf. Die Herausforderung liegt in der Umsetzung bedarfsgerechter Lösungen für die Bürger durch den Einsatz der vielfältigen technischen Möglichkeiten.

Begründung:

Die demographische Entwicklung des Landes Brandenburg ist vorgezeichnet und kann in den nächsten Jahrzehnten nicht umgekehrt werden. Wissenschaftliche Prognosen sagen ein Schrumpfen von 2,58 Millionen Einwohner im Jahr 2002 auf 2,41 Millionen im Jahr 2020 voraus. Dies entspricht einem Rückgang von nahezu 7 Prozent. Nicht nur die Abwanderung aus dem Land, sondern auch die Wanderungsbewegungen innerhalb Brandenburg sind eine wichtige Komponente. Insbesondere für die ländlichen Regionen fernab Berlins bedeutet die Binnenwanderung nicht nur einen zahlenmäßigen Verlust an Einwohnern, sondern wird in Verbindung mit der finanziellen Situation des Landes durch die sinkende Bundeszuweisungen (SoBez) zu einem grundsätzlichen Problem. Viele Strukturen, Angebote und Leistungen können nicht oder nicht mehr in dem bisherigen Umfang in der gesamten Fläche vorgehalten werden.

Einschnitte beispielsweise im Öffentlichen Personennahverkehr oder Schul- und Behördenstandorten in den vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffenen Regionen Brandenburgs sind daher unumgänglich. Dennoch ist es Verpflichtung und Auftrag, allen Menschen in unserem Land akzeptable Lebensbedingungen zu bieten. Verantwortungsvolle Politik muss sich den Herausforderungen stellen. Ein Rückzug aus strukturschwachen Regionen unseres Landes kommt für die CDU-Fraktion nicht in Frage. Die einzelnen Beschlusspunkte zeigen konstruktive Maßnahmen auf, um den Veränderungen Rechnung zu tragen und den ländlichen Raum zu unterstützen.

Trotz aller Bemühungen verkennen wir nicht, dass die größten Kräfte und Potenziale bei den Menschen selbst liegen. Sie müssen entscheiden wie und wo sie leben wollen. Das Schaffen von rechtlichen Freiräumen und die Unterstützung kreativer Konzepte sind die Schlüssel für ein attraktives und lebenswertes Brandenburg – heute und in Zukunft.